

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abheben täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Abbestellung monatlich 4,50 M., durch unsere Mitarbeiter gegenüber in der Stadt monatlich 3 M., auf dem Lande 4,50 M., durch die Post bezogen vierwöchentlich 15,25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie alle Nachrichten und Geschäftsbriefe nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Besteller seines Anspruchs auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Informationspreis 1 M. für die 6-spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum, Restraum, die 2-spaltige Anzeigenzeile 2,00 M. Bei Wiederholung und Jahreszahlung entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Anzeigenzeile 3 M. Nachmittags-Beilage 50 M. Anzeigenannahme bis 18 Uhr. Für die Nachtzeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß über der Anzeigenzeile in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 219.

Sonntag den 18. September 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Regierung protestierte energisch gegen die Antriebshaltung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein über den 15. September hinaus.
- * Die zur Ruhrbesetzung seinerzeit vorgeschobenen belgischen Truppen sind zurückgegangen.
- * Der bayerische Landtagsausschuß beschloß, von der Regierung zu verlangen, daß sie über die Anschuldigungen gegen Dr. Roth und Poebner Aufschluß gibt.
- * Die englischen Jockboots in Ostfriesland wurden abberufen.
- * Die 13. englische Infanteriebrigade räumt die Orte des Landesfreies Solingen.
- * Die Entente beabsichtigt gemeinschaftlich mit Amerika in Brüssel eine Konferenz über die Frage der Besatzungskosten abzuhalten.
- * Zwischen Lloyd George und den Grenzführern ist es zu einem offenen Bruch gekommen. Die geplante Zusammenkunft findet nicht statt.

Goldbeschaffung.

Mit der rechtzeitigen Bezahlung der ersten Milliarde, die am 31. August dieses Jahres fällig war, haben die Gold- und Beschaffung der Goldsorgen für die Reichsregierung keinen Augenblick nachgelassen. Nicht lange, und sie wird abermals Hunderte von Millionen an die Entente abzuführen haben, und sie muß besonders nach den Erfahrungen im August dieses Jahres darauf gefaßt sein, daß die Schwierigkeiten der Goldbeschaffung mit der Zeit nicht geringer, sondern immer noch größer werden. So kann es denn nicht wundernehmen, daß, wie jetzt amtlich bekanntgegeben wird, in letzter Zeit unter dem Vorstoß des Reichskanzlers mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden haben, in denen die erste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches geprüft wurde. Von allen Seiten wurde dabei der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken und dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die schon weit fortgeschrittenen Verhandlungen werden demnächst mit anderen produktiven Ständen der deutschen Wirtschaftslage weitergeführt werden. Die Regierung selber kennzeichnet ihre weittragende Bedeutung, indem sie sagt, daß sie zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen hatte; deshalb verdienen sie die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgten Kreise. Zunächst soll abermals mit Vertretern der Bankwelt und mit solchen der Landwirtschaft verhandelt werden.

Auf Einzelheiten der hier erwogenen Pläne geht die amtliche Auslassung nicht ein. Man weiß aber, daß es sich um nichts weniger als um die Aufnahme einer privaten Goldanleihe im Ausland auf den Kredit der ganzen deutschen Wirtschaft, besonders also der Industrie und der Landwirtschaft, handelt. Auf diesem Wege will man einmal die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen auf Jahr und Tag hinaus schieben und vom Devisenmarkt unabhängig machen; zum anderen will man gegen die maßlose Treiben der Devisenspekulanten damit einen festen Damm aufwerfen. So hofft man den katastrophalen Niedergang des Marktkurses aufzuhalten und die Reichsmark wieder in die Höhe zu bringen. Aber auch daraus wird kein Hehl gemacht, daß die Verwirklichung dieses Planes auf die Steuerpolitiken der Reichsregierung tief einschneidenden Einfluß ausüben müßte. Denn wenn die angelegenen Wirtschaftskreise „mit besonderen Opfern“ an der Ausbringung der Goldmilliarde für die Entente mitwirken sollen, muß ihre Heranziehung zu Steuerzwecken in anderer Weise, als bisher beabsichtigt war, geregelt werden. Darüber hinaus ist sogar schon der Überzeugung Ausdruck gegeben worden, daß die Verwirklichung dieser Gedanken unbedingt auch zu einer Erweiterung der Regierungsgarantielage im Reiche wie in Preußen führen müsse. Der Reichskanzler soll diesen Gedanken auch durchaus zustimmend aufgenommen haben, und es wird berichtet, daß der Reichspräsident, der die Führer der sozialdemokratischen Partei in diesen Tagen ebenfalls empfing, auf sie in der gleichen Richtung einzuwirken suchte, ein Vorgehen, das angesichts des unmittelbar bevorstehenden Parteitagés in Görlich von besonderer Bedeutung ist.

Unverkennbar werden diese Mitteilungen von amtlicher Stelle mit einer gewissen Hoffnungsfreundlichkeit ausgedrückt. Diese wird nicht allenthalben geteilt, weder in den Reihen der politischen Parteien, noch überall in den Wirtschaftskreisen, um die es sich handelt. Der Gedanke der Kreditbeschaffung für das Reich unter Bürgschaft seiner tragfähigsten Wirtschaftskreislagen lag ja wohl schon seit Längem in der Luft, und es kann natürlich nur dankbar begrüßt werden, wenn jetzt endlich die führenden Männer aus Industrie, Bankwelt und Landwirtschaft zu seiner Verwirklichung geschritten sind. Sie beweisen damit durch die Tat, daß sie dem Reiche in seiner großen Not wirksam zu Hilfe kommen wollen und bereit sind, um des Reiches willen alles nur Denkbare zu tun, damit dieser vielversprechende Anfang nicht wieder ergebnislos im Sande verläuft. Vielleicht ist es ein praktischer Weg zu einer fähbaren „Entlastung“ unseres öffentlichen Lebens — die wir mindestens ebenso dringend nötig haben wie die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen an die Entente.

Bayerns innerpolitische Lage.

Unkontrollierbare Gerüchte.

Die durch Reichskanzler Dr. Brüch im Überwachungs- Ausschuß des Reichstages vorgetragenen Angaben des Staatskommissars Dr. Weismann über den Aufenthalt und die Begünstigung von Kapp-Führern in Bayern finden dort lebhaften Widerspruch. Der bayerische Justizminister Dr. Roth erklärte in einer Versammlung, daß er weder den Kapitän Ehrhardt noch den Oberst Bauer noch den Major Pabst kenne, und daß daher die Mitteilung des preussischen Staatskommissars unrichtig sei. Der Münchener Polizeipräsident Poebner erklärte auf die Beschuldigung, daß der Kapitän Ehrhardt im Münchener Polizeipräsidium ein und aus gehe, dies sei eine uralte Angelegenheit, wegen welcher bereits der Abg. Saenger ein Strafverfahren gegen ihn anhängig gemacht habe. Er habe deshalb keine weitere Erklärung abzugeben. Wahrscheinlich sei Weismann getäuscht worden.

Von anderer Seite werden eine Menge Gerüchte verbreitet, nach denen der Sitz der Umtriebe gegen die Republik auf dem Schloß Neubauern in Südbayern gewesen wäre. Dort sei auch der ungarische Staatsverweigerer Horty häufiger Gast gewesen, ebenso die Kapp-Führer Bauer, Ehrhardt, Pabst. Auch habe eine Entente-großmacht die Pläne begünstigt, die auf eine Vereinigung Bayerns, Ungarns und Deutsch-Osterreichs zu einer Monarchie und zur Wiederherstellung des Hauses Habsburg gerichtet gewesen wäre. Die Angaben klingen freilich so phantastisch, daß ihnen in ernsthaften Kreisen weder links noch rechts Glauben geschenkt wird.

Der bayerische Landtag tritt am 21. September zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen.

Aufklärung verlangt.

Der ständige Ausschuß des bayerischen Landtages hat einstimmig einen demokratischen Antrag angenommen, der von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie dem bayerischen Parlament über die im Überwachungs- Ausschuß des Reichstages gegen den bayerischen Minister Dr. Roth und den Münchener Polizeipräsidenten Poebner erhobenen Anschuldigungen Aufschluß gebe. — Im Münchener Gemeinderat wurde ein Antrag eingebracht, vom Polizeipräsidenten Maßnahmen zu erwirken, welche die Zuwanderung und Niederlassung von unläuterer Elementen, wie im Falle Erzberger, verhindern. Zugleich soll Aufschluß eingeholt werden, wie es möglich war, daß trotz der bekannten Tätigkeit der Münchener Fremdenpolizei die Führer und die jetzt verhafteten Personen nach München zuziehen und sich aufhalten konnten.

Bruch zwischen England und Irland.

Keine Zusammenkunft zu Inverness.

Zwischen Dublin und London scheinen wieder einmal alle Brücken abgebrochen. Präsident de Valera geht nicht nach Inverness, und Lloyd George zieht alles zurück, was er bisher zur Annäherung der beiden Völker getan hat. Aus London wird gemeldet: In seiner Antwort an de Valera erklärt Lloyd George, daß er sich, da de Valera auf der Anerkennung der irischen Souveränität bestehe, genötigt sehe, die Vorbereitungen für die englisch-irische Konferenz für nächste Woche in Inverness zu widerrufen. Er müsse das Kabinett über die nun notwendigen Schritte befragen.

Geschickter Schachzug Valeras.

Was Lloyd Georges Mißfallen so erregt hat, ist ein Schriftstück, das man geradezu als ein Meisterstück der Diplomatie bezeichnen muß. Der Gegner schlägt den mit allen Salben geölten Fruchtsack mit seinen eigenen Waffen. Lloyd George hat den irischen Führer zur Teilnahme an der samojens Luftschiffer-Konferenz Inverness eingeladen und dachte wohl, ihn dort irgendwie einzufesseln. Aber de Valera hielt es für angebracht, zugleich mit seiner Bereitwilligkeit zu einer solchen Besprechung doch noch einmal seinen prinzipiellen Standpunkt zu betonen. Ohne die „Unabhängigkeit“ Irlands ist nichts zu machen, und damit basta. Haben Sie, Herr Lloyd George, nicht selbst von einer Regierung „mit Zustimmung der Regierten“ gesprochen, auf die Sie zugeworfen? Also, bitte. Die wichtigsten Stellen der Note de Valeras haben folgenden Wortlaut:

In dieser endgültigen Note halten wir es für unsere Pflicht, von neuem zu betonen, daß unsere Stellung nur die ist und nur die sein kann, die in unserem Schriftwechsel immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde. Unsere Nation hat ihre Unabhängigkeit erklärt und betrachtet sich als souveränen Staat. Nur als Vertreter dieses Staates haben wir überhaupt Berechtigung, im Namen unseres Volkes zu handeln. Der Grundgedanke der Regierung mit Zustimmung der Regierten muß die Grundlage jedes Abkommens sein, das die endgültige Versöhnung erreichen will. Wir zögern nicht, unsere Bereitschaft zu erklären, in eine Konferenz einzutreten, um festzustellen, wie die Verbindung Irlands mit der Gemeinschaft der Nationen, die als Britisches Reich benannt sind, am besten mit den irischen nationalen Bestrebungen veröhnt werden kann. Wir wollen die „Regierung mit Zustimmung der Regierten“, nicht das Schreiben, ja, wie Sie von den einfachen Männern und Frauen der Welt verstanden wurden, als Sie am 15. Januar 1918 erklärten: Die Regelung Europas muß auf Unterlagen der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit begründet sein, die eine Aussicht auf Stabilität bieten. Wir sind daher der Ansicht, daß die Regierung mit

Zustimmung der Regierten die Grundlage jeder territorialen Regelung dieses Krieges sein müsse.

Die Antwort de Valeras erklärt, diese Worte seien die Antwort auf die Kritik an der Stellungnahme der Einseitigen.

Die Suche nach den Mördern.

„Keine geschlossene Organisation.“

Aus München wird gemeldet: Die Fahndung nach den Tätern, die Erzberger ermordeten, ist augenblicklich zu einem Stillstand gekommen. Neue Verhaftungen fanden nicht mehr statt. Es ist nur das eine festgestellt, daß eine geschlossene Organisation für politische Morde nicht besteht. Die Verhafteten sind von der Brigade Ehrhardt her Freunde und hatten des öfteren, um die Freundschaft weiter zu pflegen, im Schutz- und Trugbünd, dem sie angehörten, Zusammenkünfte.

Am Mittwoch traf ein Bruder des städtigen Tillessen hier ein, um sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Er wohnte in einem hiesigen Hotel und trug sich auch mit seinem richtigen Namen ein. Das machte den Portier stutzig, weshalb er die Postzeit von dem angeblichen Hiersein des Tillessen, nach dem gefahrdrohend wird, verständigte. Der Bruder des Tillessen wurde noch nach einer Kontrolle unterzogen, wobei sich herausstellte, daß die Annahme des Portiers unrichtig war.

Killingers Geständnis.

Kapitänleutnant v. Killingen gibt zu, daß er zu Schulz gefahren sei und diesen aus der Wohnung geholt habe. Er will den jetzigen Aufenthalt seines Freundes nicht kennen. Die Flucht des Schulz erfolgte ganz kurze Zeit vor dem Eintreffen des Polizeibeamten in der Wohnung.

Es ist interessant, zu erfahren, wie die Spur auf Tillessen und Schulz geführt wurde. Bei den Erhebungen, die die Kriminalbeamten in Griesbach und Oppenau vornahmen, meldete sich ein junges Mädchen, das gesehen hatte, wie die beiden in Betracht kommenden Männer Schriftstücke zertrüßten und die Papiere in einen Bach geworfen hatten. Dieser Bach wurde vorsichtig abgelassen, und man fand an einem Wehr tatsächlich Papierschnitzel, die zusammengesetzt wurden und aus denen man Briefe mit voller Adresse erkannte. Diese Adresse war die Münchener Adresse von Schulz und Tillessen. Man hatte mit einemmal die Namen und die Wohnung der Mörder. Unabhängig davon hat aber ein Kriminalbeamter bei der Schriftenvergleichung die Schrift des einen unter den Anmeldungen zum Regensburger Landwirtschaflichen Lehrkursus gefunden. Auf diese Weise kam man von zwei verschiedenen Seiten auf die gleiche Spur.

Eine neue Verhaftung.

In München erfolgte eine weitere Verhaftung. Es handelt sich hierbei um die Witwe eines Kaufmanns, der als Offizier im Kriege gefallen ist. Sie wird beschuldigt, zwei an dem Verbrechen beteiligte Personen gewarnt zu haben, so daß sie sich durch die Flucht ihrer Festnahme entziehen konnten. Wie das württembergische Landespolizeiamt feststellt, haben sich Schulz und Tillessen nur vom 14. bis 19. August, also vor der Tat und, nicht aus nächster, in Ulm aufgehalten.

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

Anwachsen der Großhandelspreise.

Nach einer halbamtlichen Darstellung ist die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts von 1425 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des Monats August gestiegen. Die sog. Indexziffer wird dadurch gewonnen, daß man den Stand der Preise vor dem Kriege mit demjenigen von heute in Vergleich stellt. Der Friedensstand wird dabei mit 100 angesetzt. Wird also im Juli die Summe 1425 gefunden, so bedeutet das, daß die Preise 14,4 mal höher sind als im Frieden. Verzeichnet der August ein Steigen der Indexziffer auf 1909, so sind die Preise über 19mal so hoch als vor dem Kriege. An der diesmaligen Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt, und zwar steigen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2033; Fleisch, Fisch und Getreide von 1633 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1245 auf 1949; ferner: Häute und Leder von 1729 auf 1791; Textilien von 1991 auf 2193; Metalle von 1581 auf 1673; Kohle und Eisen von 1740 auf 1774; Industriestoffe zusammen von 1763 auf 1834.

Annäherung an die Weltmarktpreise.

Die außerordentliche Steigerung der Großhandelsindexziffer gegenüber dem Vormonat ist nach der halbamtlichen Stelle zunächst hervorgerufen



Heinrich Tillessen.